

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf-Freitag, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

1/80
9. Januar

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuss, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Kooperationsvertrag mit Uni Groningen

Symposion über regionale Entwicklungsprobleme

Die schon seit längerer Zeit angestrebte Kooperation zwischen der Rijksuniversiteit Groningen und der Universität Oldenburg nimmt konkrete Formen an. Nach einem eintägigen Besuch einer Delegation der Universität Oldenburg in der westfriesischen Provinzhauptstadt wurde für Mitte April die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages vereinbart, der sehr konkret die Zusammenarbeit zwischen beiden Hochschulen regeln soll.

In einer ersten Stellungnahme erklärte der beauftragte Interimspräsident der Universität Oldenburg, Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, dazu, die Tatsache, daß eine so große und renommierte Universität wie die in Groningen mit der Neugründung in Oldenburg kooperieren wolle, sei von großer Bedeutung und nicht hoch genug einzuschätzen. Die Kooperation werde insbesondere den

beiden Regionen zugute kommen, deren ähnlich gelagerte Probleme ein breites Feld der Zusammenarbeit ermöglichen.

Die Rijksuniversiteit Groningen ist mit 17.000 Studenten und 4.000 Wissenschaftlern und Dienstleistern die drittgrößte Hochschule der Niederlande. Sie wurde 1604 gegründet und verfügt heute über ein sehr differen-

Fortsetzung auf Seite 4

Uni-Leitung wegen des Oktrois nicht kritisiert

Senat rügt politische Entscheidung des Ministers

Nach mehrstündiger Diskussion hat es der Senat auf seiner letzten Sitzung abgelehnt, die Universitätsleitung zu rügen, weil sie im Wege der Ersatzvornahme der verfallenen Studentenschaft eine vorläufige Satzung gegeben hat. Über einen entsprechenden Antrag des ASTA wurde gar nicht mehr abgestimmt, nachdem klar geworden war, daß ein passives Verhalten der Uni-Leitung quasi zu einer Auflösung der verfallenen Studentenschaft geführt hätte. Zumindest aber hätten die für Januar ausgeschriebenen Wahlen nicht stattfinden können, denn der Minister hatte die noch gültige Satzung für nicht rechtskräftig erklärt.

Wie bereits berichtet, hatte die Uni-Leitung dem ASTA und dem Studentenparlament eine Frist bis zum 14. Dezember für die Erstellung einer eigenen, dem NHG angepaßten Satzung gegeben. Dies wurde von der Studentenschaft abgelehnt, weil das NHG eine der Hauptforderungen der Studentenschaft - nämlich die Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats - untersagt.

Bis zum Oktroi der Uni-Leitung galt für die Studentenschaft noch eine Satzung aus der PH-Zeit. Ein vom Studentenparlament 1976 vorgelegter Entwurf war vom Ministerium nicht genehmigt worden. Die jetzt vorläufige Satzung lehnt sich eng

an die damals formulierten Vorstellungen der Studentenschaft an - allerdings im Rahmen des NHG. Der Studentenschaft wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als sie zu akzeptieren. Denn als Alternative bliebe nur die Gründung eines Privat-ASTA, der die Beiträge dann selbst kassieren müßte - ein kaum zu realisierendes Projekt.

Angesichts dieser Situation mochte der Senat dann auch nicht Kritik an der Politik der Uni-Leitung üben. Vielmehr beschränkte er sich darauf, seine Haltung im Hinblick auf den Erhalt der Satzungsautonomie der verfallenen Studentenschaft zu bekräftigen und Kritik an der Politik des Ministers zu üben. Der Minister habe, so der Senat, durch seine politische Entscheidung, die bisher geltende Satzung der PHN als nicht mehr rechtskräftig anzusehen, der Universitätsleitung die Alternative aufzuzwingen, entweder keine Wahlen zu ermöglichen oder gegen das eigene politische Selbstverständnis der Uni dazu gezwungen zu werden, der Studentenschaft eine Satzung aufzuzukotieren.

gh

Studenten wählen Parlament und Gremien

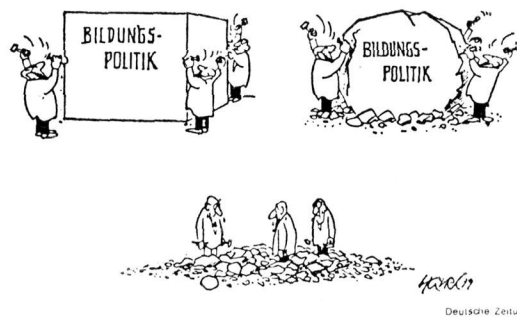
Von Ende Januar bis Anfang Februar wählen die Studenten sowohl ihre Vertreter für das Studentenparlament als auch für die Gremien (Konzil, Senat, Fachbereiche). Die Wahlen für das Studentenparlament finden vom 28. Januar bis 1. Februar statt, die Gremienwahlen vom 31. Januar bis 1. Februar. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Studenten. Gruppen müssen ihre Listen für beide Wahlen bis zum 11. Januar abgeben haben. Das gilt auch für Einzelkandidaten.

„Angst im Rechtsstaat“

Als Fortführung des Symposiums über den „Wandel der politischen Kultur in den 70iger Jahren“ finden zwei Kolloquien statt: Am 17.1.1980 referiert Dr. Günter Frankenberg (Max Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg) über das Thema „Angst im Rechtsstaat“. Am 31.1.1980 referiert Prof. Dr. Claus Offe (Universität Bielefeld) über das Thema „Reduziertes Wirtschaftswachstum - Folgen für die politische Struktur“. Beide Kolloquien finden jeweils um 20 Uhr im VG 001 statt.

Korrekturwoche für Veranstaltungsverzeichnis

Die Korrekturen für das Veranstaltungsverzeichnis können vom 14. - 18. Jan. 80 in der Zeit vom 12.30 - 16.00 Uhr im Raum B 108 (Zentrale Studienberatung) vorgenommen werden.



„Für die Region eine schallende Ohrfeige“

Die neuesten Kürzungspläne der Landesregierung

Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel hatte es eilig. Er wollte als erster die „freudige Nachricht“ aus Berlin der Öffentlichkeit bekanntgeben. Noch auf dem Flugplatz Langenhagen, auf dem seine Maschine aus Berlin am Abend des 16. November gelandet war, setzte er eine Pressekonferenz an, um über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für den niedersächsischen Hochschulneubau zu informieren. Der Minister versprach sich offensichtlich ein positives Echo - insbesondere in der Nordwestregion. Und da hatte er sich auch nicht geirrt. Denn seine Einschätzung, mit den Beschlüssen des Wissenschaftsrates sei ein bedeutender Schritt zur Strukturverbesserung der Region getan, wurde nicht nur von der Universität selbst, sondern auch von den Parteien und Verbänden geteilt.

Zwar brach keine Jubelstimmung aus, denn die Kürzungen, die die Universität im Laufe ihrer ständig gebremsten Entwicklung hat hinnehmen müssen, waren nicht vergessen, aber immerhin, nun schien der Ausbaubau zu einer Volluniversität sicher, zumal die Landesregierung auch die Einrichtung des Studiengangs Jura zugesagt hatte. Und das alles ohne „wenn“ und „aber“ und die sonst übliche diplomatische Terminologie, die immer die Möglichkeit läßt, sich von gemachten Zugeständnissen wieder abzusetzen. Insofern war die Bereitschaft in der Hochschule relativ groß, den Worten des Ministers Glauben zu schenken.

Doch es war ein verfrühtes Geschenk, wie sich nur sechs Wochen später herausstellen sollte. Denn die Ministerialbürokratie ist wieder ein-

mal dabei, Pläne zu entwerfen, wie dieser Minimalausbau reduziert werden kann. Die offizielle Begründung: Die Zahl der Abiturienten, die sich immatrikulieren wollen, sei nicht so hoch wie angenommen.

Dies ist nun keineswegs eine neue Erkenntnis. Auf Oldenburg trifft sie aber nicht zu. Der Minister selbst hatte dies vor dem Wissenschaftsrat vertreten. Denn der Bedarf an Studienplätzen für die Region ist größer als in anderen Bereichen der Bundesrepublik. Nicht zuletzt aufgrund der von der Universität errechneten und vom Minister bestätigten Bedarfzahlen, stimmte das Gremium dem Vollausbau der Naturwissenschaften zu.



Kontrahenten in Sachen Uni-Ausbau: CDU-MdL Niewerth und CDU-Minister Pestel

Dies alles soll jetzt nicht mehr gelten. Dem Streichkabinett liegen Entwürfe vor, die sogar die örtliche CDU gegen die auch von ihr getragene Regierung auf die Palme gebracht haben: Zur Debatte stehen die folgenden Alternativen:

- Streichung des Ausbaus der Physik
- Streichung des Studiengangs Jura oder
- Streichung beider Studiengänge

Daß der Oldenburger CDU-Landesverband gegen die Realisierung solcher Kürzungspläne ist, kommt nicht von ungefähr. Neben der Tatsache, daß damit der Region ein erheblicher Schlag versetzt würde, muß die Partei um ihre Glaubwürdigkeit auch breiten Teilen der Bevölkerung fürchten. Denn nicht allein die Universität fühlt sich durch die neuen Absichten verschaukelt, sondern auch Parteien, Verbände und die Stadt Oldenburg, die sich im Sommer 79 für die Hochschule eingesetzt hatten. Sie waren es, die letztlich für den für alle Seiten vertretbaren Kompromiß sorgten. Jetzt äußerte ein Vertreter von

Fortsetzung auf Seite 3

Namensgebung Mitte Februar vor dem Landtag

SPD-Fraktion spricht sich in einem Entschließungsantrag einstimmig für Bezeichnung „Carl-von-Ossietzky-Universität“ aus

Der von der SPD-Fraktion einstimmig eingebrachte Entschließungsantrag zur Namensgebung wird voraussichtlich auf der ersten Plenarsitzung des Landtages Mitte Februar behandelt. Danach wird der Antrag, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Bezeichnung der Hochschule nach Carl von Ossietzky zuzulassen, voraussichtlich in den zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen.

Bisher hat auf Seiten der CDU lediglich der Oldenburger Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Werner Broll auf den überaus raschenden Beschluß der SPD-Fraktion reagiert. Er bezeichnete den Antrag als „überflüssig und durchsichtig“. Es bestehe kein Grund, „dem Vorschlag der linken politischen Gruppen an der Universität zu folgen“ und diese umzubenen. Der Beschluß der SPD-Fraktion ist Ausdruck für einen

Umdenkungsprozeß innerhalb der Partei, der nicht zuletzt durch die zahlreichen kritischen Reaktionen aus dem In- und Ausland eingeleitet wurde. Denn es war die SPD/FDP-Regierung, die erstmals die Namensgebung der Hochschule untersagt hatte.

Daraus macht die Fraktion auch keinen Hehl, formuliert allerdings ihre Kritik an der damals von ihr getragenen Regierung nur sehr ver-

deckt. In der Pressemitteilung heißt es lediglich dazu, die politische Auseinandersetzung nach Ablehnung entsprechender Anträge der Universität durch die sozialdemokratischen Kultus- und Wissenschaftsminister von Oertzen und Grolle seien in Formen abgeklauten, die dem Ansehen Ossietzky's Schaden zugefügt hätten. Damit sei das Gegenteil von dem erreicht worden, was das Ziel der Minister gewesen sei.

Die Universität hat inzwischen grundsätzlich den Beschluß begrüßt und erklärt, sie sähe darin einen Ausdruck für das zunehmende Bewußtsein in der breiten Öffentlichkeit, sich auf die demokratischen Traditionen zu besinnen und ihnen auch in Form von Namensgebungen Ausdruck zu verleihen. Sie hoffe sehr, daß auch andere Parteien und Gruppierungen die Entscheidung der SPD-Fraktion akzeptierten.

gh

Keine Argumente für vorzeitigen Abbruch

Friedrich W. Busch, ehemaliger Rektorstellvertreter, über ELAB-Liquidierung im Sekundarbereich II

Ein Lehrstück christdemokratischer Bildungspolitik à la Niedersachsen fand am 13. Dezember 1979 seinen vorläufigen Abschluß. Gegen die Stimmen der in der Opposition befindlichen SPD verabschiedete der Niedersächsische Landtag einen Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, wonach der Modellversuch zur einphasigen Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg im Bereich der Sekundarstufe II (Gymnasien) vorzeitig abgebrochen wird.

In der nachfolgenden Darstellung geht es weniger um das Faktum der vorzeitigen Beendigung, sondern darum, an der parlamentarischen Behandlung aufzuzeigen, wie die CDU-Bildungspolitik hierzulande betrieben wird.

Um die Zusammenhänge deutlich zu machen, ist folgendes in Erinnerung zu rufen:

1. Durch Entscheidung des Kultusministers vom 11.4.79 läuft der Modellversuch zum 15.9.81 aus.

2. In zehn Verhandlungen mit dem Kultusminister Dr. Remmers in der ersten Hälfte des Jahres 1979 konnten die von der Universität nicht geleugneten Engpässe in der berufspraktischen Ausbildung von Studenten für das Lehramt an Gymnasien weitgehend beseitigt werden.

3. Lediglich ein großer Jahrgang (ca. 150 bis 170 Studenten) benötigt zum 1.8.1980 Ausbildungsplätze an Gymnasien; danach folgen bis zur Beendigung des Versuches Betreuungsgruppen unter 100 Studenten.

4. Eine vorzeitige Beendigung löst keine der akuten Probleme; verhindert jedoch, daß weitere ca. 150 Studenten im gymnasialen Bereich einphasig ausgebildet werden und fügt der Universität Oldenburg insofern schweren Schaden zu, als ihr nunmehr ein Scheitern des Modellversuches angelastet werden kann.

Damit ist auch das in meinen Augen ausschlaggebende Motiv für die Gesetzesinitiative der CDU-Fraktion genannt: Da der Kultusminister nach den gemeinsamen Bemühungen der letzten Monate von Schulbehörde und Universität keine Argumente für eine vorzeitige Beendigung mehr fand, betrieb seine Fraktion auf parlamentarischem Wege eine Gesetzesänderung, um den erfolgversprechenden Reformversuch vorzeitig abzubrechen und der Universität Oldenburg zu schaden.

Man muß dies so hart und deutlich sagen, um die wirklichen Motive der CDU offenzulegen. Denn wenn es nicht so wäre, hätte man angesichts des bereits verordneten Endes des Modellversuches zum 15.9.1981 auf die Gesetzesänderung verzichtet. Die parlamentarische Behandlung am 13.12.1979 hat erstens deutlich gemacht:

● einen schlecht informierten und pauschal argumentierenden Abgeordneten Dr. Niewerth.

In seinem 83 Zeilen Redebeitrag behauptete er auf die Frage, ob „zusätzliche Ausbildungskapazitäten und zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden müßten, wenn gleichzeitig einphasige und zweiphasige Lehrangebote an der Universität vorgehalten werden sollten“, „keine konkreten Angaben erhalten (zu haben), auch nicht und insbesondere nicht von der Universität.“

Der Abgeordnete Milde konnte ihm umgehen antworten:

„Ich habe mich erkundigt, und nach den Daten, die ich vom Präsidenten der Universität bekommen habe, sind von 1980 bis 1983 124 Semesterwochenstunden als ergänzende Lehrangebote in jedem Semester erforderlich.“

Dr. Niewerth warf ferner der vorigen Landesregierung und der sie tragenden Mehrheitsfraktion vor:

„sich mit dieser einphasigen Lehrerausbildung in ein Abenteuer gestürzt (zu haben)“, weil angeblich nicht die notwendigen Voraussetzungen für einen sinnvoll

len Ablauf des Versuches geschaffen worden sei.

Schaffung angemessener Voraussetzungen kann dann doch wohl nur die Handlungsalternative lauten und nicht Abbruch, um - wie Dr. Niewerth abschließend meinte - „ein Signal“ zu setzen und „deutlich“ zu machen, „daß die zusätzlichen Belastungen, die die Schulen sicherlich auf Zeit auf sich nehmen konnten und müssen, zu einem bestimmten Zeitpunkt, den wir in diesem Gesetz genannt haben, zu Ende sind.“

Da gelingt es, auf Seiten der Gymnasiallehrer die Mitwirkung am Modellversuch zu intensivieren - und die Landesregierung betreibt den Abbruch.

Die parlamentarische Behandlung hat zweitens deutlich gemacht:

● einen Kultusminister, der Tatsachen verkehrt und die bildungspolitisch weniger informierten Parlamentarier mit Halbwahrheiten verunsichert.

Remmers: „Da kann man meinetwegen auch die Verantwortlichen der Universität noch mit einbeziehen und fragen, ob sie uns nicht unnötig Schwierigkeiten gemacht haben in dem Bemühen, daraus (aus der ELAB, F.B.) eine erfolgreiche Sache zu machen.“

Zwei Jahre hat die Universität gebraucht, um den Kultusminister überhaupt zu einem Bemühen um die ELAB zu bringen, und als die ihm auch noch die Wege für sein Aktivwerden zeigt, macht er diese für 'unnötigen Schwierigkeiten' verantwortlich.

Remmers: „Die Universität Oldenburg hat uns und dem MWK mitgeteilt, daß sie hinsichtlich der Realschullehrerausbildung ohne weiteres in der Lage seien, diese aufzunehmen, ohne daß sie dazu auch nur irgend eine zusätzliche personelle oder finanzielle Verstärkung bräuchten. Meine Damen und Herren, wie reimt sich denn das?“

Richtig ist, daß die Universität dem Kultusminister mitgeteilt hat, daß sie bereit ist, an der Weiterqualifizierung von Realschullehrern zu Gymnasiallehrern mitzuwirken, daß sie dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch wegen starker Belastungen in der einphasigen Ausbildung nur in bestimmten (und genannten) Fächern tun kann.

Remmers: „Ich habe mich vielmehr schon früher aufgeregt - damals habe ich das Wort geprägt: 'Ich will die Ausbildung so weder einphasig noch zweiphasig haben.' - als ich ein gemeinsam für die Universitäten Osnabrück und Lüneburg vom Zentrum für Pädagogische Praxis' - ich glaube, so ähnlich war der Name - herausgegebenes Arbeitspapier gelesen habe, das sich auf die dritte Phase des Studiums bezog. Das war ein umfangreiches Papier; das war ein Flugblatt, das war eine sogenannte „wissenschaftliche“ Erarbeitung dieses Zentrums. Sie können den damaligen Rektor und den stellvertretenden Rektor fragen, ob ich damals nicht gesagt habe: 'Dieses Papier muß an allererster Stelle erst einmal vom Tisch.'“

In der Tat hat Dr. Remmers dies am 23.2.1979 gesagt. Als ich jedoch nach Recherchen feststellte, daß es sich weder um eine Veröffentlichung aus der Universität Oldenburg, noch um ein darin richtig wiedergegebenes Zitat aus einer Vorlesung des Kollegen Hilbert Meyer handelte, und ihm stattdessen das inzwischen veröffentlichte Vorlesungsmanuscript von Hilbert Meyer überreichen konnte, ließ der Staatssekretär ausrufen, man wolle die Angelegenheit als erledigt betrachten.

Weitere Belege für Dr. Remmers Sachkenntnisse in Sachen ELAB sind im Landtagsprotokoll nachzulesen. Die parlamentarische Behandlung hat schließlich drittens deutlich gemacht:

● eine engagiert aber vergeblich diskutierende SPD, die in ihren Sprechern Wernstedt, Milde und Kasirner die Dinge und Hintergründe benannte, die die CDU veranlaßte, über die Gesetzesnovelle den vorzeitigen Abbruch zu betreiben.

Milde: „Das ist nicht zu begreifen. Da wird nun wochenlang oder, besser gesagt monatlang über dieses Thema gesprochen. Man weiß, was auf uns alle zukommt, und dann sagt man, bis zum Abschluß der Beratungen im Ausschuß habe man keine Stellungnahme einholen können. Wissen Sie, ein einfacher Telefonanruf bei der Universität Oldenburg ... hätte genügt, um Ihnen klarzumachen, um was es eigentlich geht.“

Milde: „Schließlich sieht der Artikel 2 des Gesetzentwurfs nicht die Möglichkeiten für die Studenten vor, das Studium in zweiphasigen Studiengängen für das Lehramt an Realschulen fortzusetzen.“

Das ist ... eine ungerechtfertigte Einschränkung der Abschlußmöglichkeiten für die Studenten ... Weder dürfen die Oldenburger Studenten hierbei benachteiligt werden, noch wird wohl nach unserer Auffassung jemand auf die jahrelangen Erfahrungen mit der bisherigen Realschullehrerausbildung verzichten wollen, über die gerade auch die Universität Oldenburg verfügt.“

Wernstedt: „Im Kern geht es jedoch darum, daß Sie die Änderung in der Struktur der Lehrerausbildung so überhaupt nicht wollen. Sie können doch nicht bestreiten ... daß die Prüfungsergebnisse, die bereits vorliegen, durchaus für die Fortführung der einphasigen Lehrerausbildung sprechen und durchaus in dem Sinne interpretiert werden können, daß sie nicht einen vorzeitigen Abbruch notwendig machen.“

„Gezielte Anschwärtzung“

Kleine Anfrage zu Äußerungen von Professor Sterzel

„Ich betrachte die parlamentarische Anfrage als einen bedenkliehen Versuch der obrigkeitstaatlichen Kontrolle wissenschaftlicher Lehre auf der Basis einer gezielten Anschwärtzung, die jeden Ansatz einer Richtungsstellung schon als Eingehen auf diese Form der Zerstörung des wissenschaftlichen Kommunikationsprozesses erscheinen lassen würde. Nach meinem Dafürhalten kann die niedersächsische Landesregierung die kleine Anfrage nur in diesem Sinn beantworten.“

Mit dieser kurzen Erklärung reagierte Professor Dieter Sterzel auf eine kleine Anfrage des Oldenburger CDU-Abgeordneten Josef Dierkes, der von der Landesregierung eine Stellungnahme zu angeblichen Äußerungen des Juristen haben will, die er im Rahmen eines Seminars gemacht haben soll.

Laut Aussagen von Dierkes soll Sterzel vor Studenten erklärt haben, um den Paragraphen 218 sei eine neue Diskussion entflammt durch die Initiative „einer Institution“, so der Dierkes-Text wörtlich. „die mitgewirkt hat an der Vernichtung von Millionen Juden und die in der Vergangenheit Hexenverbrennungen vorgenommen

Wernstedt: „Wir können im einzelnen nachweisen, daß Sie die konkreten Probleme an den Universitäten und die Kooperation von Bezirksregierungen und einzelnen Gymnasien nicht im gebührenden Umfang verfolgt haben. Das ist unser Vorwurf.“

Milde: „Da wird seit Jahren über die zu langen Studienzeiten geklagt, da werden Pläne gemacht zur Regelung der Studienzeiten, und wir in Niedersachsen sind in der glücklichen Lage, ein Modell zu haben, bei dem die Studienzeiten tatsächlich verkürzt werden können. Aber das schaffen wir dann schleunigst ab mit der mich immer noch nicht überzeugenden Begründung, die der Herr Kultusminister gegeben hat.“

Wernstedt: „Zu der didaktischen Qualität der Arbeit an der Universität Oldenburg will ich folgendes sagen: Ich habe schon in der letzten Debatte darauf hingewiesen, daß es ein hervorragendes Buch gibt, das aus der Universität Oldenburg gekommen ist. Ein praxisnäheres und damit auch für die Studenten besser verarbeitbares Buch für Didaktik und Pädagogik gibt es auf dem gesamten Büchermarkt der Bundesrepublik nicht. Deswegen ist die Auflage dieses Buches inzwischen so hoch. (W nimmt bezug auf die Veröffentlichung von Hilbert Meyer.)“

Fazit: Was diese wohl letzte parlamentarische Auseinandersetzung um den Modellversuch zur ELAB betrifft, so hat sich die Universität Oldenburg bei dem hier verhandelten Gegenstand keine Vorwürfe zu machen oder Versäumnisse anzukreiden. Sie hat allerdings damit zurückzugeben, daß ihre vielfältigen Bemühungen, die von vielen auch außerhalb der Hochschule Stehenden unterstützt wurden und werden, nicht honoriert werden. F.W. Busch

„Der Appell an meine Eigeninitiative verfiel jedoch“

Wie leichtsinnig man doch kalkuliert. 11.30 Uhr, gerade noch Zeit zum Ein-kaufen, dachte ich, dann Tilmann vom Kindergarten, Sibylle von der Schule abholen und pünktlich zum Mittagessen zu Hause im Ammerland. Unbedacht blieb die harte Realität universitären Parkens. Die brachte sich dann rade zur Geltung: Ein langes, schweres Auto hatte sich vor meines gestellt.

Der Fahrer war sorgfältig zu Werke gegangen: An ein Entkommen war nicht zu denken. Meinen ersten Impuls, mit Schwung auf das Hindernis loszufahren, konnte ich gerade noch meistern. Eigene Interessen verlegnet man selten. So schritt ich entschlossen zum Kanzler-Stellvertreter. Der sei für Probleme dieser Tragweite zuständig, hatte man mir mal gesagt.

Der im Vorraum diensttuende Herr Sogobow bedauerte, Herr Kramer sei nicht da. Zuständig für solche Fragen sei im übrigen Herr Frerichs. Er, Herr Sogobow, wollte gern mal anrufen. Das tat er. Herr Frerichs erwog, eine Abschleppfirma anzurufen. Rechtliche Bedenken hinderten ihn. Ob ich nicht einmal mit dem Justizier der Universität, Herrn Schrimpf, sprechen wolle, vorletztes Zimmer, derselbe Flur. Ein guter Rat, dachte ich. Herr Schrimpf überlegte kurz und meinte dann, das sei wohl Sache der Polizei. Ich solle doch die Polizei anrufen. Notruf? Das Telefonbuch bot keine Alternative. Also Notruf. Der freundliche Beamte von der Polizei zögerte nicht: für das Universitätsgelände sei die Polizei nicht zuständig. Ob ich denn nicht den Hausmeister informiert hätte? Kleinlaut gestand ich mein Versäumnis an. Herr Schrimpf riet ab. Der Hausmeister könne da nichts machen. Der Fall sei heikel. Er zog das Niedersächsische Hochschulgesetz zu Rate, suchte einschlägiges zu „Hausrecht“ wurde nicht fündig. Ich begann, auf meine überzeugende Rede zu setzen. Ob man nicht einfach doch noch mal Herrn Frerichs anrufen könne? Der würde vielleicht die Abschleppfirma anrufen. Herr Schrimpf war bereit. Ein Blick ins Telefonverzeichnis ließ ihn zögern.

Es gab leider zwei Frerichs, welcher es sei? Ich wußte es auch nicht. Der ältere Herr Schrimpf eilte zu Herrn Sogobow beim Kanzler. Der teilte nach einer Weile mit, welcher Frerichs in Frage komme. Herr Schrimpf rief beim richtigen Herrn Frerichs an. Meine Rede verlor sichtlich an Wirkung.

Einfach Abschleppen - das widerspreche bisheriger Praxis, sei rechtlich nicht gesichert. Ob der Kanzler Rat wisse? Herr Schrimpf nahm Kontakt mit dem Kanzler auf. Der Kanzler der Universität setzte ganz auf die Eigeninitiative des Geschädigten: Entweder solle der Geschädigte eine Taxe oder eine Abschleppfirma anrufen. Im Grunde, meinte der Justiziar, offenbare sich hier eine Schwäche unseres öffentlichen Rechts. Ich sah die Schwächen eher in der Verwaltung der Universität, die den von ihr gesetzten Regeln keine Geltung... Das Thema wurde nicht ausdiskutiert. Der Appell an meine Eigeninitiative verfiel jedoch. Ich ging zu meinem Auto zurück. Das Hindernis war noch da. Aber ein anderes Auto war weggefahren. Der neue Manöverraum reichte. Ich konnte fahren.

Tilmann war zögerlich: 1. weil ich zu spät kam und 2. weil es keinen Apfel saß gab. Den hatte ich nämlich kaufen wollen. Sibylle meinte, als ich sie von der von allen verlassenen Schule abholte. Meine Hinweise auf die Schwächen unseres öffentlichen Rechts ließen sie aber bald wieder zur Vernunft kommen. Helge Peters

Zu starke Benutzung des NWZ-Archivs

Der Chefredakteur der Nordwest-Zeitung, Bodo Schulte, hat in einem Schreiben an den Präsidenten darum gebeten, die Inanspruchnahme des NWZ-Archivs durch Hochschulangehörige zu reduzieren. Die NWZ sei zwar bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Studenten und Projektleitern zu helfen, doch müsse sich die Archiv-Benutzung in einem erträglichen Rahmen halten. Schulte machte

in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß auch die Landesbibliothek und das Staatsarchiv in der Regel über das Material verfügten, das Universitätsangehörige in der NWZ suchten. Die Pressestelle macht in diesem Zusammenhang noch einmal darauf aufmerksam, daß im Hinblick auf Bildungspolitik ein relativ differenziertes Zeitungsarchiv auch in der Hochschule existiert (Raum A 002).

Oberleutnant Witte:

Ausstellung untergräbt Wehrwillen

Heftige Angriffe gegen „Erziehung zum Krieg - Krieg als Erzieher“

In zwei Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg, Fleischer (SPD), und an den niedersächsischen Kultusminister, Dr. Werner Remmers (CDU), fordert Oberleutnant H. Joachim Witte vom Verteidigungsbezirkskommando in Oldenburg ein Verbot der Ausstellung „1870-1945: Erziehung zum Krieg - Krieg als Erzieher - Mit dem Jugendbuch für Kaiser, Vaterland und Führer“.

Witte stützt seine Forderung wesentlich auf die Kritik eines Ausstellungskommentars zur Zeit zwischen 1870 und 1918, in dem es im Anschluß an eine kurze Systematisierung der Entwicklung der Jugendliteratur heißt, daß „man Jahre vor Beginn des ersten Weltkrieges immer offenere Versuche (beobachten könne), die deutsche Jugend wehrtüchtig zu machen: geistig wie körperlich“.

Diese Einsparung der Jugendliteratur des Kaiserreiches hält Witte für „besonders schwerwiegend“, denn „die militärischen Vorgesetzten haben es heute ohnehin sehr schwer, die jungen Soldaten in staatsbürgerlicher



Graf Luckner: „Wertvoller“ Jugendbuchautor?

Hinsicht (hierzu gehören bekanntlich auch Wehrwille und Wehrtüchtigkeit) zu erziehen.“ Diese Ausstellung, die laufend von Schulklassen „beschießt“ werde, falle diesem Erziehungsanliegen in den Rücken. Ferner kritisiert der Offizier, daß „seriöse Autoren von Militär- und Kriegsjugendbüchern“ nicht angemessen gewürdigt worden seien, so z.B. Richthofen, Boelcke, Prien und Luckner. Eine „tendenziöse Vermischung von Wertvollem und Schund“ sei mithin gegeben.

So wird der Oberbürgermeister gebeten, seinen „Einfluß dahin geltend zu machen, daß Leute, die das Soldatische und den Wehrgedanken mit derartigen Methoden bekämpfen, in Oldenburg nicht mehr die Möglichkeit erhalten, ihr Gedankengut in Einrichtungen der Stadt zu verbreiten“. Der Kultusminister soll dafür sorgen, „daß die Ihrem Bereich unterstehende Universität Oldenburg und dazugehörige Einzelpersonen, wie in diesem Fall Professor Dr. Promies, jedenfalls von Amts wegen nicht mehr die Möglichkeit erhalten, die soldatische Aufgabe und den Wehrgedanken ... zu bekämpfen.“ Von Witte und einem weiteren Offizier des Standort Oldenburg wurden die CDU-Landtagsabgeordneten Niewerth und Dierkes aufgefordert, sich ebenfalls die Ausstellung anzusehen, „u.a. damit sie auch Ihnen bei Gelegenheit Näheres darüber berichten können“.

„Ohrfeige...“

Fortsetzung von Seite 1

ihnen: „Die neuen Pläne wirken wie eine schallende Ohrfeige für die Region. Wir dürfen sie nicht einfach so hinnehmen.“

Immerhin: Zeit genug ist noch. Das Kabinett will Anfang Februar entscheiden. Die CDU-Abgeordneten Dierkes und Niewerth haben dem Wissenschaftsminister bereits geschrieben. Ein erster Schritt, dem viele folgen müssen, denn sonst bleibt der Wunsch nach einer Volluniversität eine Fiktion. Viele Pläne und kein Stein auf dem anderen.

Angesichts dieser Situation wirkt es denn auch fast grotesk, über die neueste Pressemitteilung des Ministeriums zu berichten, die Antwort auf eine kleine Anfrage des Oldenburger SPD-Abgeordneten Horst Milde geben will. Obwohl auf der einen Seite ein ganzer Stab über neue Kürzungsmöglichkeiten auch in Oldenburg grübelt, erweckt Staatssekretär Möller darin gegenüber der Öffentlichkeit den Eindruck, als sei alles in bester Ordnung. Zitat: „Für den naturwissenschaftlichen Neubau ist ein Raumprogramm für insgesamt 1687 flächenbezogene Studienplätze (Wissenschaftsratsbeschluß, d.R.) genehmigt worden. Für die Baudurchführung ist der Zeitraum 1980 bis 1983 vorgesehen.“ Auch hier kein wirklich relativierendes Wort. Dazu ein beschönigendes Bild über die derzeitige Raumsituation in den Studiengängen. Nach Angaben von Möller beträgt die Überlastung der Raumkapazität in

- den Sprach- und Kulturwissenschaften 174 %
 - den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften 122 %
 - Naturwissenschaften 169 %
- Obwohl diese Zahlen nach Angaben des Dezernates 5 (Planung und Statistik) eigentlich höher liegen, drücken sie doch schon im Vergleich zu anderen Hochschulen die enorme Belastung der Universität aus. Das mußte Möller immerhin einräumen. Trotzdem ist der Ansturm auf die Oldenburger Hochschule ungebrochen. Während andere Universitäten einen Rückgang der Neumatrikulationen in diesem Semester gegenüber dem Vorjahr meldeten, wurde in Oldenburg eine gleich hohe Zahl an Erstsemestern wie im WS 1978/79 registriert: etwa 700. gh

Der Kommentar



Professor Dr. Wolfgang Promies über die Intervention des Oberleutnant Witte

Der Brief des Oberleutnants kam, so unerwartet er war, für mich nicht unvorhergesehen. Die Ausstellung „Erziehung zum Krieg - Krieg als Erzieher“ beabsichtigte ja auch unter anderem, Widerspruch rege zu machen. Schließlich förderten die ausgestellten Bücher unser aller Vergangenheit zutage. Betroffen bin ich darum nicht über die Tatsache einer dezidiert anderen Meinung, sondern darüber, daß der Bürger in Uniform - nennen wir ihn Witte - Minister, Landtagsabgeordnete und Oberbürgermeister anspricht, um mich „von Amts wegen“ daran zu hindern, eine eigene Meinung zu haben und sie in Ausübung der Rechte und Pflichten meines Berufes auch öffentlich zu äußern und zu vertreten. Was aber habe ich denn eigentlich mit der Ausstellung veranschaulicht? Eine Kontinuität nationalistisch-militaristischen Denkens, die sich in Deutschland vom Kaiserreich bis zum sogenannten Dritten Reich nachweisen läßt und die ich durch über vierhundert Titel aus der Jugendliteratur belegt, um deutlich zu machen, daß die deutsche Jugend zwischen 1871 und 1945 planmäßig zum Krieg erzogen, der Krieg selbst als Erzieher proklamiert wurde. Von der Bundesrepublik Deutschland als „juristischem-Nachfolgestaat des Deutschen Reiches und von der Bundeswehr und ihrer diskutablen Traditionspflege war weder in der Ausstellung noch im Katalog die Rede. Trotzdem fühlt sich Oberleutnant Witte auf den Plan gerufen. Wie das? Er wirft mir vor, daß ich „seriöse Autoren von Militär- und Kriegsjugendbüchern wie etwa Boelcke (der übrigens nur Held, nicht Autor war), Richthofen, Luckner, Prien und „positive Militärliteratur“ zum Beispiel über Langemarck mit Groschenheften (die immerhin im Ersten Weltkrieg mit allerhöchster Billigung gedruckt und von den Vereinigten Prüfungsausschüssen für Jugendschriften empfohlen, im Zweiten Weltkrieg vom Oberkommando der Wehrmacht herausgegeben wurden), NS-Literatur und antisemitische Schriften vermischte ausgestellt habe, als ob die Wehrmacht und zuvor des „Kaisers Kuli“ (Plivier) nicht dazu gedient hätten, die Politik mit anderen, ziemlich tödlichen Mitteln fortzusetzen. Witte unterliegt, indem er so denkt, einem gräßlichen Mißverständnis, dessen Wurzel allerdings nicht in

der Hirnschale eines in Oldenburg stationierten Offiziers, sondern in der politischen Geschichte Deutschlands und leider auch in der widersprüchlichen Traditionspflege der Bundeswehr zu suchen ist. Günther Prien zum Beispiel, der auch von mir bewunderte U-Boot-Kommandant (als ich sechs Jahre alt war), war der - kurzlebige, aber probate - Kriegsheld für die NS-Propaganda, solange der Zweite Weltkrieg wie eine beständige Sondermeldung verlief. Und Langemarck sollte inzwischen auch für Offiziere der Bundeswehr, aufgerufen, Rekruten staatsbürgerlichen Unterricht zu erteilen, das Synonym für eine Jugend sein, deren Idealismus von verantwortungslosen Führern verheizt wurde, das „Deutschlandlied“ auf den Lippen. Wie sehr diese Haltung der deutschen Jugend anerozogen worden war, geht unter anderem aus der Rechtfertigungsschrift Balduw von Schirachs hervor, die er 1967 unter dem Titel „Ich glaubte an Hitler“ veröffentlichte. Er berichtet dort von seinem Bruder Karl, der sich, siebzehnjährig, nach Ende des Ersten Weltkrieges erschöß. Schirach merkt dazu an: „In einem Abschiedsbrief hatte er geschrieben, daß er das Unglück Deutschlands nicht überleben wollte. Eine „Kurzschlußreaktion“ würde man es heute nennen. Doch die seelische Verfassung, aus der solche Entschlüsse entstehen, war unter den Alters- und Schicksalsgenossen meines Bruders sehr verbreitet. Ihre ganze Jugend während der Kriegsjahre war eine einzige Vorbereitung auf den Tag, an dem sie ins Feld rücken sollten. Und plötzlich gab es das nicht mehr. Mein Bruder sah keinen Ausweg als den Tod. Andere dieser zu spät gekommenen Kriegsfreiwilligen setzten den Krieg im Inneren Deutschlands fort, wozu die revolutionären Wirren der Jahre 1919 bis 1923 reichlich Gelegenheit boten. Später habe ich im Führerkorps der NSDAP und der SA viele von solchen verhinderten Kriegsfreiwilligen getroffen.“

Schirachs Aussage spricht für sich. Sie bestätigt auf grauenhafte Weise die von mir durch die Ausstellung veranschaulichten Zusammenhänge in der neueren deutschen Wehrgeschichte. Sind historische Einsicht und politisches Bewußtsein für einen Offizier der Bundeswehr noch immer „quantités négligeables“? Wolfgang Promies

Altpapier soll studentischem Kindergarten zugute kommen

Die Universität Oldenburg hat gemeinsam mit der Studentenselbsthilfe-Kindertagesstätte e.V. eine Aktion gestartet, die dem Umweltschutz dient und gleichzeitig eine finanzielle Unterstützung für den Kindergarten verspricht. Seit Dezember werden alle Papierabfälle, die in der Universität anfallen, in einem eigens dafür aufgestellten Container zusammengetragen und anschließend zugunsten des Kindergartens verkauft.

ner befindet sich auf dem Parkplatz hinter dem AVZ (Allgemeines Verfügungsgebäude) und ist entsprechend kenntlich gemacht. Eine Füllung bringt je nach Gewicht zwischen 300 und 1.000 Mark ein.

Der studentische Kindergarten benötigt dringend Geld für die Renovierung eines baufälligen Bauernhauses in Wechloy, das dem Land Niedersachsen gehört. Es wird in Eigenarbeit von Studenten und anderen Hochschulangehörigen für den Kindergarten hergerichtet. Zur Zeit sind die etwa 40 Kinder der aus einer Notsituation 1967 entstandenen Selbsthilfe-Kindertagesstätte in Räumen an der Tannenkaufstraße und an der Hauptstraße untergebracht. gh

Gleichzeitig hat die Universitätsleitung alle Hochschulangehörigen gebeten, auch ihre privaten Papierabfälle für diese Aktion bereitzustellen. Ebenso können sich auch Nichthochschulangehörige ihres Altpapiers entledigen. Der Contai-



Dieser Container ist nur für Altpapier da. Leider haben ihn Leute auch schon als Mülldeponie benutzt.

Uni muß erneut gegen Gross und Weber klagen

Der Physiker Reinhard Weber und der Mathematiker Horst-Eckardt Gross, die um ihre feste Einstellung an der Universität kämpfen, kommen nicht zur Ruhe. Die Universität muß auf Anweisung des Wissenschaftsministers gegen die für die beiden Wissenschaftler positiven Urteile Rechtsmittel einlegen.

KBW-gelenkten Demonstration und ehemalige Mitgliedschaft in einer KBW-nahen Organisation vorgeworfen wird, muß damit sein 9. Verfahren um eine Anstellung im öffentlichen Dienst bestreiten. Bisher war er jedesmal erfolgreich.

Gross hatte vor dem Arbeitsgericht Oldenburg Recht bekommen, als er gegen die Uni klagte, deren Gremien zwar seine Einstellung beschlossen hatten, die ihm aber aufgrund einer Intervention des Wissenschaftsministers keinen Arbeitsvertrag geben durfte. Gross wird Mitgliedschaft in der DKP und in der deutsch-cubanischen Gesellschaft vorgeworfen. Gegen das Urteil des Arbeitsgerichts, das die Einstellung von Gross verlangt, soll die Universität Revision einlegen. gh

Weber hatte, wie berichtet, vor dem Landesarbeitsgericht Recht bekommen. Das Gericht verwarf die von der Uni auf Anweisung des Ministers verlangte Revision gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Oldenburg, das die Einstellung des Physikers als wissenschaftlicher Angestellter verfügt hatte. Jetzt soll die Universität Beschwerde gegen das neueste Urteil beim Bundesarbeitsgericht einlegen. Weber, dem die Teilnahme an einer

Kurz notiert • Kurz notiert

Ein neues Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) befiehlt sich mit der „Kopplung von thermodynamischen und mechanischen Vorgängen bei Formänderungen fester Körper.“ Kernpunkt des geplanten Programms ist die Beschreibung des Formänderungsverhaltens von Werkstoffen beim Zusammenwirken thermodynamischer und mechanischer Einflußgrößen. Informationen erteilt das Referat Ingenieurwissenschaften der DFG, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2, Tel.: 02221-872277. Nach Untersuchungen des Deutschen Studentenwerks, die vom Bundesbil-

dungsministerium gefördert worden waren, ist der Anteil der Arbeiterkinder unter den Erst- und Zweitsemestern von 14,5 auf 14 Prozent gesunken. Der Anteil der BAFöG-Bezieher sank in diesem Zeitraum von 38 auf 33 Prozent. Ferner wurde ermittelt, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten durch BAFöG-Erhöhungen nicht aufgefangen werde.

Studienführer für Irland und Belgien hat der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) herausgegeben. Die Broschüren sind kostenlos beim DAAD, Referat 213, Kennedy-Allee 50, 53 Bonn 2 zu erhalten.

DFG mit neuen Schwerpunktprogrammen

Vom Nepal-Projekt bis zur Stromversorgung in verdichteten Siedlungsgebieten

Die Einrichtung von 16 neuen Schwerpunktprogrammen hat der Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) beschlossen. Sechs neue DFG-Schwerpunktprogramme entfallen auf die Ingenieurwissenschaften, fünf auf die Geistes- und Sozialwissenschaften, vier Schwerpunktprogramme werden auf dem Feld der Biowissenschaften eingerichtet und ein Programm entsteht im Gebiet der Naturwissenschaften.

Die Themen der fünf neuen geistes- und sozialwissenschaftlichen Schwerpunktprogramme sind „Pädagogische Jugendforschung“, Ökonomik der natürlichen Ressourcen“, „Unternehmensverfassung - Ökonomische und organisatorische Probleme“ und „Verbale Interaktion“. In dem neu eingerichteten „Nepal-Programm“ werden sich Wissenschaftler verschiedener Disziplinen vor allem mit Sprachen und mündlichen Überlieferungen sowie Religion und Ritualen in diesem bis 1951 von der Außenwelt abgeschlossenen asiatischen Land beschäftigen.

Die neuen Schwerpunktprogramme auf dem Gebiet der Biowissenschaften gelten den „Mechanismen der Temperaturregulation und -adaptation“, vor allem bei Säugetieren, Vögeln und Reptilien, den „Mechanismen der Pathogenität und Antibiotika-Resistenz bei medizinisch bedeutsamen Bakterien“ sowie, unter dem Thema „Chromatinstruktur und Regulation der Transkription“, einer Aufklärung von Struktur und Funktion der Erbsubstanz höherer Zellen. Mit einem neuen Schwerpunktprogramm zur Gentechnologie sollen u.a. auch gezielt Projekte gefördert werden, die sich mit der Erforschung befürchteter Risiken in dieser Forschungsrichtung beschäftigen. Außerdem soll dieses Programm ein Fort-

bildungsangebot für Wissenschaftler für den Umgang mit Sicherheitstechniken beinhalten.

Im Bereich der Ingenieurwissenschaften wurden sechs neue Schwerpunktprogramme eingerichtet. Darin geht es um den „Tunnelbau“, „Technische Grundsatzfragen beim Einsatz von Mikroprozessoren“, „Nichtlineare Berechnungen im konstruktiven Ingenieurbau“ und die „Kopplung von thermodynamischen und mechanischen Vorgängen bei Formänderungen fester Körper“, beispielsweise bei der Fertigung von Kunststoffen. Grundlagen für die Verbesserung technischer Zerkleinerungsprozesse, die z.B. in der chemischen und pharmazeutischen Industrie von großer Bedeutung sind, sollen in dem Programm „Zerkleinerungstechnik“ erarbeitet werden.

In einem weiteren ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunktprogramm werden sich Forscher mit „Komponenten und Systemen für die Versorgung von verdichteten Siedlungsräumen mit elektrischer Energie“ befassen. Ziel dieses Programms ist es, im zunehmend beengten Raum der verdichteten Siedlungsgebiete in der Bundesrepublik immer größere elektrische Leistungen zu beherrschen und dabei sowohl die Aspekte des Umweltschutzes als auch der knapper werdenden Rohstoffe zu berücksichtigen.

Thema des einzigen neuen naturwissenschaftlichen Schwerpunktprogramms ist die „Erzeugung und Stabilisierung reaktiver anorganischer Moleküle“. Damit soll ein Gebiet der Chemie besonders gefördert werden, auf dem die deutsche Wissenschaft in den zwanziger und dreißiger Jahren führend war. Die damals gewonnenen Erkenntnisse führten später u.a. in den USA zu Entwicklungen in der

Halbleitertechnik. Nähere Informationen zu den einzelnen neuen Schwerpunktprogrammen erteilt oder vermittelt das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der DFG (Tel.: 02221-87 2250).

Revisionsantrag wird verhandelt

Am 29. Januar wird der V. Senat des Bundesgerichtshofes über einen Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft Oldenburg verhandeln, der sich gegen die Freisprechung von 13 niedersächsischen Professoren richtet. Sie hatten zusammen mit Kollegen aus Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen eine Dokumentation herausgegeben, in der u.a. der in einer Göttinger Studentenzeitung veröffentlichte Artikel „Buback - ein Nachruf“ erschienen war. U.a. wegen Verunglimpfung des Ansehens von Verstorbenen wurden sie deshalb angeklagt, vom Landgericht Oldenburg aber freigesprochen.

Woche gegen Neofaschismus

Eine Woche gegen „Neofaschismus und Rechtsentwicklung“ veranstaltet vom 13. bis 18. Januar der AStA der Universität. Auf dem Programm stehen zahlreiche Veranstaltungen, die sich mit Ursachen und Wirkung des Nationalsozialismus sowie mit dem sich verstärkenden Neofaschismus und anderen Rechtsentwicklungen in der Bundesrepublik beschäftigen. Außerdem wird täglich ein antifaschistischer Film in der Aula (jeweils 16 Uhr) gezeigt. Im Rahmen dieser Woche wird auch Eckart Spoo, Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union, zum Thema NDR sprechen.

Kooperation

Fortsetzung von Seite 1
zertes und umfangreiches Lehr- und Forschungsangebot - im Gegensatz zu Oldenburg u.a. auch über eine juristische und eine medizinische Fakultät.

Seit Jahren bestehen zwischen einzelnen Wissenschaftlern der beiden Hochschulen enge Kontakte. Dies trifft insbesondere für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler sowie Raumplaner zu, deren Zusammenarbeit schon so weit gediehen ist, daß sie am 17. April ein gemeinsames Symposium über die Entwicklungs- und Strukturprobleme in West- und Ostfriesland abhalten. An dem Symposium werden neben Wissenschaftlern beider Hochschulen auch Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände und der staatlichen Stellen beider Länder teilnehmen.

Seit einigen Jahren arbeitet auch der Geomikrobiologe Professor Wolfgang Krumbein mit Groninger Kollegen bei der Untersuchung des Wattenmeeres zusammen. Verbindungen haben ebenfalls Pädagogen und Psychologen aufgenommen.

Der konkreten Zusammenarbeit zwischen einzelnen Wissenschaftlern soll nun ein konkreter Vertrag zwischen den Hochschulen folgen, der am Tage des gemeinsamen Symposiums unterzeichnet werden soll. Der von der Groninger Universität vorgelegte Text geht dabei weit über die sonst üblichen Good-will-Erklärungen hinaus. Er sieht neben dem Austausch von Studenten und Wissenschaftlern u.a. die gemeinsame Betreibung von Forschungsprojekten, die gegenseitige Nutzung universitärer Einrichtungen und gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen vor. Wie ernst auch die Niederländer den Vertrag nehmen, wird allein aus der Tatsache deutlich, daß sie bereits 50.000 Gulden für die Kooperation bereitgestellt haben. gh

Personalien

Professor Dr. Menso Folkerts, Mathematiker im Fachbereich IV, hat einen Ruf auf eine ordentliche Professur für Geschichte der Naturwissenschaften an der Universität München erhalten.

Fritz Bangert wurde als Chemielaborant in der ZETWA eingestellt.

Dr. Gerhard Lauth wurde zum Akademischen Rat für das Fachgebiet „Psychologie mit dem Schwerpunkt Erziehungsberatung“ ernannt.

Ellen Haß wurde als Bibliotheksangestellte eingestellt.

Gerhard Müller wurde als Haus- und Hofarbeiter im Dezernat 4 eingestellt.

Gisela Bruns wurde als Angestellte im Schreibdienst zur Vertretung bzw. Aushilfe in der ZETWA eingestellt.

Waltraud Diddens wurde als Angestellte im Schreibdienst zur Aushilfe im Fachbereich IV eingestellt.

Dr. Stephan Dignath wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich III eingestellt.

Eckard Haase wurde als ständig stundenweise Beschäftigter im BIS eingestellt.

Reiner Hulsch wurde als technischer Angestellter in der ZETWA eingestellt.

Annegret Rölling wurde als Verwaltungsangestellte beim Modellversuch Freizeitsport eingestellt.

Christa Vogt wurde als wissenschaftliche Angestellte zur Vertretung (Schwangerschaftsvertretung für Ina Grieb-Schulz) in der KWW eingestellt.

Ursula Dewner wurde als Angestellte im Schreibdienst in der Personalabteilung (Tel.: 626) eingestellt. Ihr Aufgabengebiet umfaßt u.a. die Urlaubskartei sowie Krankmeldungen (ehemals H. Möller).

AUTOHAUS Büchner V.A.G.
Gebrauchtwagen
Alle Fabrikate
Große Auswahl. Und nicht teuer.
31081
Donnerschwerer Str. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl



1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 141

COPIERCENTER OLDENBURG
Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 04 41/7 55 50

Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung

Kopierpreis je Stück **0,10 DM**
ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM

SCHNELLD RUCK-SERVICE
DRUCK-CENTER
Schützenweg 4 · Ruf 04 41/7 55 50

zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
Auflage 20 Stück **DM 2,50**
Auflage 100 Stück **DM 6,50**
Auflage 500 Stück **DM 23,50**
Auflage 1000 Stück **DM 38,00**
Auflage 2000 Stück **DM 68,00**

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Stier
Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88



JEANS
VON
Horten
Levis · Wrangler · Plonier · Lols · Settler

TABULA
BUCHLADEN
IM HERBARTGANG
WALLSTR. · LANGE STR. · KURWICKSTR.

HENCKUS
2 Stunden
Composarbeits-Service
Fotokopien
Buchbearbeiten
Zeitschriften
Besuche
Buchbinder
Jochen Henckus
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie.
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelschreibmaschinen ab 759 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.
EBS ERLBECK
Weddigenstr. 3 · Oldenburg · Tel. 8 5125
Verkauf Montag bis Freitag von 17.00 - 18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

SPANHAKE
aktuell
in · basteln · basteln · bast
Jeder braucht ein Hobby
Auch Du!
Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.
Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!
oldenburg - lange str.

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (04 41) 71001

Grund- & bodensolide

ÖBS Immobilien GmbH
OLDENBURG, MARKT, RUF 04 41/2371

Mit der OBS den Grundstein legen.

ÖBS Öffentliche Bausparkasse
OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN

Die Bausparkasse der Sparkassen mit Heimvorteil